Nach dem 2. Juni werden wir wissen, ob die einmütige Aktion der Bundesparteien von Erfolg gekrönt war

Autor(en): **Orlando [Eisenmann, Orlando]**

Objekttyp: **Illustration**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **117 (1991)**

Heft 23

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Schweiz sucht sich Wirtschaftsflüchtlinge selbst aus

VON IWAN RASCHLE

Erst wurde ihr Asylgesuch abgewiesen, dann wurden die beiden Kurdenfamilien aus Malters und Hochdorf vom Bund ausgeschafft, und später hätten sie – nach dem Willen der Luzerner Kantonsregierung – «aus humanitären Gründen» wieder einreisen sollen. Die Luzerner wollten den beiden Familienvätern zu Lasten des kantonalen Kontingents eine Jahresaufenthaltsbewilligung erteilen. Doch der Bund lehnte die geplante «einmalige humanitäre Aktion ohne Modellcharakter» ab, weil sie eben Modellcharakter hätte und weil die Türkei kein traditionelles Rekrutierungsland für ausländische Arbeitskräfte ist.

Mit diesem Entscheid hat das Bundesamt für Ausländerfragen die Politik des Flüchtlingsdirektors Arbenz untermauert und für Klarheit in der Ausländerpolitik gesorgt.

Auch der Bundesrat hat sich im Verlauf der letzten Woche mit der Asyl- und Ausländerpolitik befasst und nach langem Hin und Her entschieden, was er längst hätte entscheiden sollen: Die Schweiz macht ihre Tore dicht, und zwar ganz und endgültig. Schluss mit der largen Asylpolitik. Die Schweiz ist keine Herberge, in der sich Asylsuchende aus aller Welt bei Bratwurst und Rösti von den angeblichen Strapazen ihrer als Flucht getarnten Ferienreise erholen können.

Gesucht: Betreuer für die Heimschaffung

«Zuerst müssen wir unsere eigenen Probleme bewältigen. Erst dann können wir uns um andere kümmern», betonte Felix Knüsel, persönlicher Adjunkt des Flüchtlingsdirektors. Die Schweiz habe in den ersten vier Monaten dieses Jahres 15 909 Asylsuchende aufnehmen müssen. Und das bei einer Arbeitslosenzahl von 33 660. «Das heisst», so Knüsel, «dass ein Grossteil der arbeitslosen Schweizerinnen und Schweizer keine Arbeit findet, weil die Wirtschaft Asylanten einsetzt, die billiger und pflegeleichter sind.»

Der Bundesrat und das Bundesamt für Flüchtlinge wollen diesen Missbrauch von (als Arbeitskräfte nicht zugelassenen) Ausländern nun unterbinden und gleichzeitig die alarmierend hohe Arbeitslosigkeit bekämpfen:

«Zusätzlich zu den viertausend einreisenden Flüchtlingen sollen monatlich fünfhundert Menschen begleitet heimgeschafft werden, die in den letzten zwei Jahren eingereist und deren Gesuche noch hängig sind», erklärte Knüsel. Der Ausländerbestand nehme so kontinuierlich ab, und wenn im Juni die Grenzen mittels Armeebarrieren endgültig geschlossen würden, sei «das Problem gelöst».

Der Bund verwende ganz bewusst den Begriff «heimschaffen», seien die Asylanten bei uns doch eindeutig «nicht zu Hause». Das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) verstosse durch diese Aktionen «in keiner Weise gegen geltendes Menschenrecht». Denn aus- beziehungsweise heimgeschafft würden nur Frauen, Männer und Kinder, die von den BFF-Experten als «nicht eingliederungsfähig» bezeichnet worden seien. Zum Beispiel Leute, die unsere einheimische Kultur und Tradition, aber auch unsere Rechte nicht achten wollen.

Menschenwürdig seien die Heimschaffungen auch deshalb, weil alle Ausländergruppen in den Herkunftsländern zuerst in BFF-eigenen Hotelbetrieben untergebracht und von Schweizer Betreuern begleitet würden. Und das immerhin während vierzehn Tagen.

Von der neuen menschlichen Asylpolitik profitieren laut BFF-Adjunkt Knüsel auch die Arbeitslosen: «Wir benötigen dringend Betreuerinnen und Betreuer, um die Flüchtlinge möglichst bald ausschaffen zu können.» Bis zu zwei Drittel aller Arbeitslosen unseres Landes könnten so beim BFF eine Arbeit finden, die nach Adjunkt Knüsel «kein Temporärjob ist», weil angesichts der drohenden Ost-Flüchtlingswelle «nicht mit einer Wende und so mit einer largeren Asylpolitik zu rechnen ist».

In zwei Jahren frei von Wirtschaftsflüchtlingen

Knüsel rechtfertigte auch die Investitionen, die der Bund im Ausland tätige, um Land und Hotels aufzukaufen und diese dem schweizerischen Standard anzupassen. Einerseits hätten sich die Asylsuchenden bereits an unsere Lebensweise angepasst, und anderseits sei man ihnen diese Gastfreundschaft schuldig: «Humanitäre Tradition verpflichtet.» Zudem seien die «wenigen Millionen Franken» nicht verloren, könne die Schweiz doch diese Hotels in späteren Jahren zu höheren Preisen verkaufen oder auch weiterhin betreiben. Der Bundesrat strebe da «eine gewisse Diversifikation» der Anlagegüter an.

Bis es zum Verkauf der neuen Gaststätten in der Türkei und in anderen Ländern kommt, werden nach Berechnungen des BFF allerdings noch Jahre verstreichen. Vorderhand ziehen die BFF-Beamten und Polizisten «die harte Politik mal konsequent durch», denn auszuschaffen gibt's genug:

Rund 50 000 Asylgesuche werden nach Flüchtlingsdirektor Peter Arbenz bis Ende Jahr in unserem Land hängig sein. Bei einer Anerkennungsquote von 3,6 Prozent – so hoch war sie im ersten Quartal dieses Jahres – werden bis zu 1800 Menschen in der Schweiz Asyl erhalten. Der Rest, 48 200 Frauen, Männer und Kinder müssen – von Schweizerinnen und Schweizern begleitet – heimgeschafft und vorübergehend in den von Schweizern geführten Hotels einquartiert werden.

Geht die Rechnung des Bundesamtes für Flüchtlinge auf, dann ist nach Knüsel «unser Land in zwei Jahren frei von Wirtschaftsflüchtlingen». Und von herumlungernden arbeitslosen Menschen, die bislang keine Stelle finden konnten, weil sich die Ausländer auch auf dem Arbeitsmarkt breitgemacht hatten.

Illegale Einreisen nicht mehr möglich

Künftig dürfen Asylanten in unserem Land nicht mehr beschäftigt werden, und auch bei der Rekrutierung von Jahresaufenthaltern verfolgt der Bundesrat eine neue Linie: Die Ausländerinnen und Ausländer werden direkt in den traditionellen Rekrutierungsländern ausgehoben. Und zwar durch Beamte des Bundesamtes für Auslandpersonal, das aus dem bisherigen Amt für Ausländerfragen und dem BFF gebildet wird.

Flüchtlinge wird es dannzumal nicht mehr geben, weil nur noch der offizielle Weg über eine Bewerbung als Arbeitskraft möglich ist. Sind keine Stellen frei, nehmen die ausländischen Rekrutierungszentren auch keine Flüchtlinge oder arbeitssuchenden Ausländer auf. Und weil die grüne Grenze vom Militär bewacht ist, sind auch illegale Einreisen unmöglich.

Bislang suchte sich die Schweiz aus, welche Ausländerinnen und Ausländer sie als Staatsbürger aufnehmen wollte, und bestimmte, wieviel diese für die Aufnahme in den Bund der Eidgenossen zu bezahlen hatten. Künftig wird sich die Schweizer Regierung auch aussuchen, wer geeignet ist, als Nicht-Schweizer in unserem Land zu leben und zu arbeiten. Und von Fall zu Fall, wenn es die wirtschaftliche Situation verlangt, der Flucht oder dem Ausreisewunsch der betreffenden Ausländer etwas nachhelfen.

Wirtschaftsflüchtlinge werden nicht mehr ausgewiesen, weil die Schweiz nur noch Wirtschaftsflüchtlinge aufnimmt. Falls hierzulande Bedarf an preiswerten qualifizierten (oder unqualifizierten) Ausländern besteht.

Nach dem 2. Juni werden wir wissen, ob die einmütige Aktion der Bundesparteien von Erfolg gekrönt war.

SPOT

Stossseufzer
Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz mit einem Seufzer zum Thema «EG-Schweiz»: «Herr, gib uns Geduld – aber sofort!» *ks*

Freudloses
Für den Medienmann Michael Ringier zeigt die 700-Jahr-Feier «die Unfähigkeit der Schweizer, an sich selber Freude zu haben». *oh*

Souvenirs, Souvenirs
Das Jubiläum des steinreichsten Landes der Welt zeitigt köstliche und handfeste Blüten. Jetzt werden sogar Brocken von Gotthardgranit, «gebrochen in der Wiege unserer Demokratie» und verziert mit einer Bronzeplakette, angeboten. *ad*

Bewegendes
Die PTT tun etwas für die Fitness der Bevölkerung. Dreieinhalb Monate nach Einführung der Neuerung ist (im *Vaterland*) zu erfahren: «Selten hat ein Thema die Schweizer so bewegt wie die A- und die B-Post.» *ea*

Käse
Das Bundesamt für Landwirtschaft verordnete, dass die Milch der Scheunenberger-Kühe nicht zu Raclettekäse verarbeitet wird, sondern nur zu Emmentaler. Raclette erfreut sich wachsender Beliebtheit, und Emmentaler wird zunehmend unbeliebter. Die *Berner Zeitung* «Die Vorliebe des Bundesamtes bleibt eben das Unbeliebte.» *-te*

Kontraste
Am Aare-Festival in Bern will man bewusst auch Gegensätzlichem Raum geben. Soldaten bauen Brükken. Platz ist aber auch für die GSOA. Die «Gemeinde für Urchristentum» wirbt gegen die Abtreibung – als Festabzeichen dienen Pariser mit dem Aufdruck «I love in Berne». *hrs*

How do you do?
Im Sektor «Vielsprachige Schweiz» der nationalen Forschungsausstellung Heureka wird die Frage aufgeworfen, ob es wahr sei, dass der Röschtigraben immer tiefer werde, Welsche und Deutschschweizer bald nur noch englisch miteinander reden? *ea*